



An

Sebastian Kurz, Bundesparteiobmann ÖVP

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc Bundesparteivorsitzende SPÖ

Ing. Norbert Hofer, Bundesparteiobmann FPÖ

Mag. Werner Kogler, Bundessprecher Grüne

Mag.^a Beate Meinl-Reisinger, MES, Parteivorsitzende NEOS

Wien, am 18.02.2021

UNTERSTÜTZUNG KLIMAVOLKSBEGEHREN

Zeit für mutige Klimaschutzbeschlüsse!

380.590 Menschen haben im Vorjahr das Klimavolksbegehren unterzeichnet und damit ihrem Wunsch nach einer wirksamen Klimaschutzpolitik in Österreich Ausdruck verliehen. Umso wichtiger ist jetzt eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Parteien, um dieses dringliche Anliegen in politische Beschlüsse umzusetzen. In diesem Sinne ersuchen wir Sie, dass bei diesem wichtigen Thema das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wird und Sie sich persönlich für die Umsetzung einsetzen. Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass wir nach der Corona-Krise in die nächste, noch viel fundamentalere Krise schlittern.

Jetzt sind die entscheidenden Tage, in denen sich die im Parlament vertretenen Parteien klar auf die Seite des Klimaschutzes stellen müssen. Es kommt also auf Sie persönlich an, ob grundlegende Fragen weiter vertagt oder endlich außer Streit gestellt werden können und damit der Weg für ein klimafreundliches, lebenswertes Österreich frei gemacht werden kann.

Das österreichische Parlament hat den Pariser Klimavertrag bereits 2016 ratifiziert. Die Bevölkerung erwartet sich von einer verlässlichen Politik einen wirksamen Fahrplan, um die selbst gesteckten Ziele auch zu erreichen. Wir erwarten uns, dass alle im Nationalrat vertretenen Parteien, die Forderungen des Klimavolksbegehrens unterstützen und damit sicherstellen, dass der Pariser Klimavertrag umgesetzt wird. Anstatt kurzfristiger Parteipolitik sind jetzt weitreichende Beschlüsse gefragt.

Die unterzeichnenden Organisationen sind Partner des Klimavolksbegehrens und unterstützen die Forderungen mit Nachdruck. Wir fordern Sie daher auf, sich persönlich in ihrer Funktion als Parteivorsitzende/r dafür einzusetzen, dass sich der Nationalrat für die folgenden Punkte ausspricht:

- Die Verankerung eines Grundrechts auf Klimaschutz in der Verfassung.
- Die verfassungsrechtliche Festschreibung eines mit dem Pariser Klimaabkommen kompatiblen Gesamttreibhausgasbudgets im Klimaschutzgesetz. Dieses Budget wurde vom Grazer Wegener Center aus wissenschaftlicher Sicht bereits beziffert und beläuft sich auf 700 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente.
- Die gesetzliche Verankerung der Klimaneutralität 2040 im Klimaschutzgesetz, sowie die Festschreibung eines entsprechenden Reduktionspfades und verbindlichen Zwischenzielen, um die Emissionen bis 2030 um mindestens 57 Prozent zu senken. Je umfassender dies erfolgt, desto früher kann Österreich davon profitieren und zum internationalen Vorreiter werden.
- Die Erstellung eines Maßnahmenprogramms von Bund und Ländern, um den CO₂-Reduktionspfad bis hin zur Klimaneutralität 2040 einzuhalten, sowie die Etablierung von Verantwortlichkeitsmechanismen und Sanktionen bei Zielverfehlungen.
- Bei Abweichungen vom Reduktionspfad sollen von der Bundesregierung verpflichtende Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden, sowie ein Sofortprogramm umgesetzt werden.
- Die Einrichtung einer unabhängigen, wissenschaftlichen Kontrollinstanz bis Ende 2021, die die Einhaltung des Treibhausgasbudgets und des Reduktionspfades prüft. Diese Kontrollinstanz soll die gesamte Bundesregierung bei der Einhaltung der österreichischen Klimaziele in die Verantwortung nehmen.
- Die Einführung eines verpflichtenden und unabhängigen Klimachecks bis Ende 2021, für alle neuen und bestehenden Gesetze, Verordnungen und Bund-Länder-Vereinbarungen, sowie einen wirkungsvollen und konsequenten Folgen-Mechanismus für dessen Ergebnisse.
- Die Einführung einer ökosozialen Steuerreform, mit einer klimagerechten CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, um für volkswirtschaftliche und ökologische Kostenwahrheit im Steuersystem zu sorgen und einen klaren Lenkungseffekt zu garantieren.
- Ein Ende der Finanzierung sowie Subventionen von fossilen Infrastrukturen und fossilen Energien, bzw. die Ausrichtung vorhandener Förderungen nach strengen ökologischen Kriterien.
- Eine flächendeckende Versorgung mit klimafreundlicher Mobilität in Österreich sowie eine Forcierung und langfristige Sicherstellung der Finanzierung eines naturverträglichen Ausbaus erneuerbarer Energieträger.
- Eine deutliche Reduktion des Energieverbrauchs und die Erhöhung der Energieeffizienz in allen Bereichen, damit der Energiesektor nachhaltig und naturverträglich gestaltet werden kann.
- Die Einbindung der Öffentlichkeit bei der Planung und Umsetzung der Forderungen, sowie die Einrichtung eines repräsentativen Bürger*innenrats, der in Form eines transparenten und partizipativen Prozesses Klimaschutzmaßnahmen vorschlägt und von einer unabhängigen, wissenschaftlichen Kommission begleitet wird.

Angesichts der internationalen und europäischen Verpflichtungen Österreichs erwarten wir uns, dass Sie sich bei den laufenden Verhandlungen für konkrete Klimaschutz-Beschlüsse einsetzen. Zugleich ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass bei allen Maßnahmen konsequent auf die soziale Gerechtigkeit und die Naturverträglichkeit geachtet wird. Ganzheitlich gedachter Klimaschutz unterstützt nicht nur den langfristigen Schutz unserer Lebensgrundlagen, sondern schafft auch neue Chancen für Arbeitsplätze und Unternehmen. Denn damit Österreich langfristig krisensicher ist, muss der Neustart nach der Corona-Krise auf allen Ebenen klimagerecht und naturverträglich sein.

Mit freundlichen Grüßen,



Mag.^a Agnes Zauner
Geschäftsführerin
GLOBAL 2000



Univ. Prof. Dr. Roman Türk
Präsident
Naturschutzbund



Dr. Willi Nowak
Geschäftsführer
VCÖ – Mobilität mit Zukunft



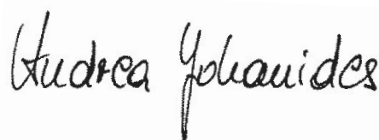
Dr. Andreas Ermacora
Präsident
Alpenverein



Mag. Günter Abraham
Bundesgeschäftsführer
Naturfreunde Österreich



Dr. Gábor Wichmann
Geschäftsführer
BirdLife



Andrea Johanides
Geschäftsführerin
WWF Österreich